

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntags.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Mittwoch den 31. Dezember 1902.

№ 150.

### Abonnements-Einladung.

Unsere verehrten Abonnenten werden ebenso dringend als höchlichst erucht, wenn eine prompte Zustellung auch im neuen Quartale garantiert werden soll, sofort die Bestellung bei der zuständigen Postanstalt bewirken zu wollen. **Abonnementspreis pro Vierteljahr nur 65 Pf.** Wünsche auf Nachlieferung können nicht berücksichtigt werden.

Avis aux journaux d'échange!

Prrière de noter notre nouvelle adresse: Leipzig, Salomonstrasse N° 8.

### Ist der Angeklagte schuldig?

In unserer Arbeiterbewegung gilt es logar als heiliges Menschenrecht, seine Meinung ungeschminkt zu sagen. Vorwärts 1901. Wo das Denken irgendwo gebunden ist, da ist kein freies Denken, und wo keine volle Freiheit, da ist Zwang. Münch. Post 1902. In tausenden von Entwicklungsjahren hat die Menschheit ihre Fortschritte gemacht. Wahrer Satob 1901.

Nicht die Stärke, sondern die Schwäche ist es, daß man in Arbeiterkreisen bezüglich des heiligen Menschenrechtes der freien Meinung und des freien Denkens so empfindlich geworden und in der Sozialdemokratie so ziemlich auf dem Standpunkte der bedrohten Majestät angekommen ist. Das lehrt mich die Erfahrung, die ich mit meinem Artikel in Nr. 143: „Die Probe aufs Exempel“, gemacht. Ich war einfach blass, als ich aus den Kollegenkreisen hören und in s.-d. Blättern lesen mußte, daß ich mit dem betr. Artikel beabsichtigt haben sollte, der Breslauer Kaiserrede Succurs zu leisten oder ihr ein Relief zu geben. Mit der Zeit Jahren in s.-d. Blättern gewohnten Bornehmtheit wurden alle Register der Entrüstung gezogen gegen den „Renegaten“, der „klavisch winselnd vor Herrscherthronen“ der Arbeiterschaft „in den Rücken fällt“, den „Monarchisten“ und „servilen Fürstendiener“, der um ein „huldbolles Lächeln der Scharfmacher“ bettelt und „nach einem Orden schnappt“.

Und das alles, weil ich als Arbeiter in einem Arbeiterblatte mir gestattete, meine Meinung über einen die Arbeiterschaft interessierenden Vorgang zu sagen. Auch nicht im Schlafe ist mir der Gedanke gekommen, daß auch nur irgendwie eine Brücke von meinem Artikel hinüberführen könne zu der „Ihr“- und „Euch“-Rede in Breslau. Außerdem war der Artikel vor jener Rede bereits in der Druckerei und zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels und vor der ihm gewordenen Kritik eine Besprechung der Kaiserrede von mir schon begonnen. Gerade weil ich als Arbeiter immer mit den Arbeitern gegangen bin, ist mir keine Ahnung gekommen, daß aus meinem Artikel der tatsächlich ungeheuerliche Verdacht des Arbeiterverrates konstruiert werden könnte. Jetzt sehe ich ein, daß man nicht oft genug seinen Spruch herfagen kann, moderner Arbeiter zu sein, weil vielleicht nur dann für das „heilige Menschenrecht“ der freien Meinung und des zwanglosen Denkens mitbedenke Anstände bewilligt werden.

Warum werde ich nun der Arbeiterschaft als „Renegat“, als Feind der Arbeiter denunziert? Wer kann sich ein Recht nehmen, mich der Pflichtvergessenheit oder des Arbeiterverrates zu zeihen?

Wann hätte ich je als Redakteur eines Arbeiterblattes nicht zu erkennen gegeben, daß ich mich eins fühle mit den Rechtlosen und Unterdrückten, mit den Wünschen und Forderungen der Arbeiter, wann hätte ich je das Elend und die Leiden der Arbeiterschaft ihren Feinden nicht ins Gesicht geschleudert? Wo und wann hat der Corr. gefehlt, wenn die Arbeiter um ihr Recht in Gesellschaft und Staat kämpfen?

Was will das aber alles bejagen; in einem Augenblicke der Verstimmung, der falschen Deutung, des Mißverständnisses oder der Beeinflussung wird in Kollegenkreisen alle vorausgegangene Tätigkeit vergessen und gedankenlos dem Urteile zugestimmt, das meine erbittertsten Feinde über mich fällen. Das ist kein gerechtes Abwägen im sachlichen Streite, sondern das ist bedingungslos persönliche Verurteilung um jeden Preis.

Wenn man mir den Vorwurf macht, daß ich gerade zur jetzigen Zeit den Artikel nicht hätte veröffentlichen sollen, so mag ein Kern von Be- rechtigung in diesem Vorwurfe stecken, wenn ich die ungewollte und nicht vorherzusehende Wirkung des Artikels in Betracht ziehe und wenn ich hätte ahnen können, meine Arbeiterkandidaten könnten mit denen des Kaisers identifiziert werden. Wer von den Lesern des Corr. findet aber auch nur beim oberflächlichsten Lesen meines ganzen Artikels in dem darin gestellten Verlangen einen verwandten Zug mit Arbeiterkandidaten nach dem Herzen des Kaisers, und wer von meinen Kollegen hat auch nur eine Minute eine Gleichartigkeit meiner Anschauung über Arbeiterkandidaten mit der des Kaisers vorausgesetzt?

Dem Vorwurfe gegenüber, daß mein Artikel unzeitgemäß gewesen, frage ich: Wann würden meine Kritiker überhaupt jemals mir einen geeigneten Zeitpunkt für die Veröffentlichung eines Artikels wie den in Nr. 143 nennen können? Dinge zu sagen, die einem engherzigen Parteidogmatismus unangenehm sind, das ist nie „zeitgemäß“. Andererseits ist zu fragen: War es vielleicht zeitgemäß, als zahlreiche Parteiblätter im Jahre 1896, da der Verband an den Abgrund einer tiefstehenden Zersplitterung gedrängt war, hinter diesen standen, die den Verband auseinanderreißen wollten, war es zeitgemäß, als die Parteipresse die Beschlüsse unserer Generalversammlung bekämpfte und das Organ der Zersplitterer willkommen hieß, war es zeitgemäß, als wir 1897 in Rheinlands-Westfalen für den Tarif kämpften, daß in Parteiblättern geschrieben wurde, die Kollegen sollten sich nicht zu „Sturm böden für die Unternehmer“ hergeben, war es zeitgemäß, als dem Verbands daran gelegen sein mußte, den unter Ueberwindung besonderer Schwierigkeiten zu stande gekommenen verbesserten Tarifvertrag von 1901 den Kollegen zur Annahme zu empfehlen, daß der historische Kalender des Vorwärts von der „Buchdrucker-Huldigungsdepeche an Posadowsky“ schrieb, war es zeitgemäß, daß Auer den Buchdruckern mit einer Kriegserklärung der Partei drohte, als wir in der Leipziger Volkszeitungsangelegenheit zu gunsten der Partei den Kampf in Leipzig einstellten, war es vor Jahren schon zeitgemäß, als wir um der Auf-

rechterhaltung des Verbandes willen uns den behördlichen Anforderungen fügten, daß die Parteipresse unsere Organisation als eine Schutztruppe der Schweinburg, Pindler usw. herabwürdigte? Diese zeitgemäßen Angriffe auf den Verband abzuschlagen, war in erster Linie Aufgabe des Corr., dessen Redakteur dafür zum bestgehätzten Manne in der deutschen Arbeiterschaft geworden ist.

Das alles soll heute vergessen und begraben sein? Kann uns dafür die Partei als Muster dienen? Nief nicht erst dieser Tage der Abgeordnete Bebel dem Zentrum ins Gedächtnis, ob es vergessen habe, wie die Regierung früher das Zentrum bekämpft und wie man seine Anhänger als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft habe? Das Zentrum wird von der s.-d. Partei verlästert, weil es dies alles vergessen hat, wir aber verüben Verrat an der Arbeiterbewegung, weil wir die uns gewordenen Beschimpfungen nicht vergessen. Damit ist nicht gesagt, daß nicht vergessen werden soll, bei mir sind aber die Vorbedingungen dadurch nicht gegeben, wenn ich sehe, in welcher niedriger Weise mein Artikel von der s.-d. Parteipresse unter Führung des Vorwärts ausgeschlachtet wird. Was ich geschrieben nach dem Motto des Vorwärts und der Münchener Post, daß es ein „heiliges Menschenrecht“ sei, „meine Meinung ungeschminkt zu sagen“ und daß es da „kein freies Denken“ gibt, „wo das Denken irgendwie gebunden ist“, das wird seitens der s.-d. Partei und ihrer Anhänger nicht von diesem Gesichtspunkte, sondern von dem einen puren Geschäftigkeit aus beurteilt. Damit kann jede freie Meinung und jedes freie Denken erdrückt werden. Und gerade die s.-d. Partei sollte sich angesichts der Vorgänge im Reichstage hüten, bei anderen das zu leugnen, was sie für sich in Anspruch nimmt: die sachlichen Motive.

Wer von allen meinen Gegnern hat sich bei meinem Artikel die Mühe gegeben, ihn zu widerlegen. Keiner. Was ich zur Diskussion stellte, wird mit der Phrase: das ist eine Beschimpfung der Partei, ein Ausgraben des Kriegsbeiles, das ist Utopie usw. abgetan. Um den Kern der Sache aber geht man schon herum. Ganz zutreffend schreibt mir ein hervorragend in der Organisation tätiger Kollege: „...Um den Fall selbst ein ängstliches Herumdrehen, dafür aber Unflätigkeiten gegen einen Mann, dem man nicht beikommen kann und den man s. B. wie einen Mordbrenner von sich gestoßen. Statt in eine sachliche Debatte über diese Frage einzutreten nur ödeste Schimpferei...“ Dieser Kollege steht dabei in der Frage reiner Arbeitervertreter nicht einmal auf meinem Standpunkte.

Mir hätte es Freude bereitet, wenn man ohne Scheu vor der Partei eine ernsthafte Kritik seitens der Kollegen beliebt hätte, statt auf das erste Signal von der s.-d. Partei über mich herzufallen. Ich habe als Redakteur jede Meinung im Corr. respektiert und kein Kollege kann sich beklagen, daß er mit seiner abweichenden Meinung im Corr. nicht zu Worte gekommen wäre. Die meisten im Corr. gegen mich persönlich gerichteten Angriffe habe ich in der Regel übergangen, weil ich mir sagte, daß sie mehr das Resultat einer augenblicklichen

Aufwallung als der reiflichen Ueberlegung sind. Darum hätte ich auch in dem Düsseldorf'schen Falle eine sachliche Kritik an Stelle der persönlichen Bekämpfung voraussetzen können. Ich habe den Eindruck, daß man einer sachlichen Diskussion aus dem Wege gehen will, um durch größere Heftigkeit in der persönlichen Beurteilung jene zu ersetzen. Es ist ja auch viel leichter, irgend eine ernste Sache mit einer Entrüstungsresolution abzutun als dieser Sache auf den Grund zu gehen. Man verurteilt den Wortlaut meines Verlangens, ohne den Gedanken erfassen zu wollen. Man gibt sich nicht die Mühe, den grundlegenden Gedanken der sozialen Reform mit dem der sozialen Revolution gegenseitig abzuwägen, worauf es allein ankommt, statt dessen wird der Daumen nach unten gehalten: sic volo, sic jubeo, sit pro ratione voluntas!

Mit welchem Rechte fallen die Parteigenossen in unseren Kollegenkreisen wegen des Düsseldorf'schen Artikels über mich her, wo ich doch nur die Konsequenzen aus den Worten ihres Führers Bebel gezogen habe: „Die Gewerkschaften müssen allgemeine Arbeiterpolitik treiben“ und „die Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung“. Damit steht im Einklange der Ausspruch Luers: „Die Gewerkschaften sind Selbstzweck.“ Deshalb „Verräter an der Arbeiterschaft“, weil ich aus all dem bei bestimmten Anlässen die „Probe aufs Exempel“ mache, deshalb allgemeine Entrüstung, daß ich der Arbeiterschaft „in den Rücken gefallen“ sei. Ich fordere aber nur gemäß der Worte führender Parteigenossen die Gewerkschaften zur Tat auf — das ist mein ganzes Verbrechen. Und was man bei diesen Genossen nicht tadelt, hat man auch kein moralisches Recht, mir zu verbieten.

Die Münchener Kollegen sind „frappiert“, bei mir als ehemaligem Sozialdemokraten eine so „gewaltige Veränderung der politischen Gesinnung“ vorzufinden. Allerdings habe ich mein „politisches Menschheitsgefühl“ verlernt und bin somit in den Augen eines jeden Genossen ein verräterisches, gesinnungsloses Exemplar modernen Renegatentumes geworden. Das ist so bequem zu schlußfolgern und der Masse so schön verständlich zu machen. „Daß ein Ansichtswechsel das Resultat ernstest geistigen Ringens sein kann, ist dieser Sorte von Presse ein unbegreifliches Phänomen“, schrieb s. Z. die s.-d. Presse, als Pastor Gähre ob seines Uebertrittes zur Sozialdemokratie von der konservativen Presse als „Renegat“ verurteilt wurde. Glauben vielleicht die Münchener Kollegen, materielle oder persönliche Interessen hätten den Anknüpfungspunkt für meinen „Gesinnungswechsel“ gebildet? Der Sozialdemokratie schreibe ich das Verdienst zu, daß sie selbst es gewesen ist, die mich zum Denken zwang, und wenn das Resultat dieses Denkprozesses anders ausgefallen ist als sie beabsichtigt, habe ich das nicht verschuldet. Aber immer bin ich mir bewußt geblieben, was ich der Arbeiterschaft schuldig bin. Keine brutale Gefäßigkeit, kein Niedertrampeln, keine Verleumdung hat mich irre machen können, als Arbeiter zu bleiben was ich war; mein Denken und Arbeiten gehört meinen Kollegen sowohl wie der allgemeinen Arbeiterschaft, das hat der Corr. unter meiner Leitung immer bewiesen. Nicht den Standpunkt und das Ziel eines modernen Arbeiters habe ich verlassen, sondern nur den als ungangbar erkannten Weg zum Ziele. Oder ist das „Mausern“ nur bestimmten Personen gestattet und darf nur ein Liebkecht zwanzigmal am Tage seine Taktik ändern, um sie der neuerlichen Entwicklung anzupassen? Wenn der Corr. im Sinne des § 1 unseres Verbandsstatuts auch die geistigen Interessen der Mitglieder vertreten soll, muß er auch ein Diskussionsorgan in allen den Fragen sein, die den geistigen Fortschritt der Arbeiterklasse zum Endziele haben. Will man aber die Erörterung hierüber in das Jahrgeld irgend welcher Parteianschauungen zwingen, dann ist es überflüssig, von einem geistigen Ringen und Streben der Kollegenschaft zu

reden, dann trifft eben das Wort Bollmars zu, daß es sich nicht lohnt, die alten Unfreiheiten los zu werden, um dafür neue einzutauschen. Die Münchener Kollegen konnten daher kaum mit kleinlicheren Momenten operieren, dagegen werde ich die freundliche Anregung, mir einen „andern Wirkungskreis“ auszusuchen, gern prüfen. Was die Münchener Kollegen heute gegen mich resolutionieren, haben sie vor 14 Jahren auch gegen Härtel beschlossen: „In Erwägung, daß bei allen Versammlungen des V. U. f. B. eine jede Diskussion über sozialpolitische Fragen ausgeschlossen ist, beschließt die heutige Versammlung, sich an den Vorstand des V. U. f. B. in Berlin zu wenden mit dem Ersuchen: Es sei die Redaktion des Corr. zu veranlassen, jeden offenen oder versteckten Angriff gegen die sozialpolitische Arbeiterpartei (soweit hierzu keine Provokation vorliegt) zu unterlassen.“ Damals war Härtel der „provokierende“ Teil, heute bin ich es, dieselbe Resolution, nur an eine andre Adresse gerichtet, das ist der ganze Unterschied. Damals hatte die Entrüstung, und nicht bloß die der Münchener, die Redaktion Gash zur Folge, nach dessen „segenreicher“ Aera der Verbände mit größtem Nachdruck seine alten erprobten Traditionen betonte, in denen er groß geworden, bei deren Vertretung auch ich mir wie Härtel die Entrüstung der s.-d. Partei und der Münchener Kollegen zuziehe — vielleicht sehen sie schon die Füße derer, die mich hinaustragen.

In der Hamburger Versammlung äußerte ein Redner: „Die ganze Schreibweise Mezhäusers taugt nichts.“ Da lese ich zufällig in einem Corr.-Artikel, der vor 20 Jahren erschien: „Der Corr. ist nicht mehr das, was er früher war.“ Diese Klagen tauchen aber regelmäßig auf, wenn irgend ein Artikel der Redaktion dem oder jenem Leser mißfallen hat. Ich habe also keinen Grund, mich wegen des Hamburger Kollegen aufzuregen, der mit seiner Beurteilung meiner Person in Wausch und Bogen glaubt den Nachweis erbracht zu haben, es besser machen zu können. Andererseits gibt es Kollegen, die das ganze Jahr nichts von sich hören lassen, nur wenn der Corr. mal einen Artikel bringt, gegen den man glaubt mit einer „schneidigen“ Kritik vom Leder ziehen zu können, da fehlt keiner von denen, die ihre Befähigung in der Kritik des Corr. nicht ausdehnen können zu einer nützlichen Mitarbeit am Corr.

Wenn unsere enttäuschten Kollegen in München usw. den Eindruck zu erwecken suchen, als ob der ganze Verband meinen Artikel in Nr. 143 verurteilt, so wagen wir das letztere zu bezweifeln. Und wir schrecken hier vor einer „Probe aufs Exempel“ gar nicht zurück. Darauf kann es aber nicht ankommen, weil wir auch mit einer Minderheit von Kollegen nicht in Unfrieden leben können. Aber die Tatsache kann nicht abgestritten werden, daß nur ein geringer Prozentsatz unserer Kollegen Mitglieder der s.-d. Partei sind. Sowohl in Berlin wie in Leipzig sind kaum der zehnte Teil aller Gewerkschaftler Mitglieder der s.-d. Partei und dieses Zahlenverhältnis ist außerhalb jener Städte und in Buchdruckerkreisen überhaupt noch ein weit geringeres. Von Breslau wurde kürzlich berichtet, daß nur 17 Buchdrucker der s.-d. Partei angehören. Günstigstenfalls kommen vielleicht 4000 bis 5000 Verbandsmitglieder in Betracht, die „politisch organisiert“ sind — inbegriffen die etwa 1500 Kollegen in Parteidruckereien. Der Verband zählt aber 33000 Mitglieder.

Rum will ich gewiß niemand gegen seinen Willen glücklich machen. Lehnt die deutsche Kollegenschaft es ab, sich auch nur diskussionsweise mit der prinzipiellen Frage: Reform oder Revolution, zu befassen, auch gut. Dann ist auch mein aus dieser Frage resultierendes Problem reiner Arbeitervertreter überflüssig geworden. Wird der Gedanke stillschweigend weiter genährt, daß außerhalb der Gewerkschaft jeder Kollege sich der Sozialdemokratie anzuschließen hat, daß also jeder Kollege sein säubelich in zwei Hälften tranziert wird, mir auch recht. Offentlich wird aber niemand

mir dann das Recht bestreiten, außerhalb der Organisation politisch auch das zu tun, was mir paßt. Ich habe von diesem Rechte bisher keinen Gebrauch gemacht.

Zum Schluß noch einige Worte zur Sache selbst. Und das soll im Corr. gewissermaßen mein Schwanengesang in dieser Frage sein, bis sie die Kollegenschaft einmal in dieser oder jener Form wieder aufzunehmen gezwungen ist. Ich lebe der Ueberzeugung, daß die Zeit, wenn auch in veränderter Form, die Lösung des von mir aufgestellten Problems bringen wird. Diese Behauptung geschieht nicht aus Ueberhebung, sondern ist die einzig mögliche Folgerung aus Tatsachen. Die Propagierung dieses Problems hat mit einer Feindseligkeit meinerseits gegen die Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun — so dreckig auch der „Vorwärts“ den „einfachen, schlichten Mann aus der Werkstatt“ denunziatorisch verwertet und damit jeder sachlichen Diskussion aus dem Wege geht. Im Kerne der Frage dreht es sich, wie wiederholt betont, um die Begriffe Reform oder Revolution? Wer hier zu entscheiden wagt, hat auch die gestellte Frage gelöst. Ob sie es zugehen oder nicht, die Gewerkschaften und insbesondere der Buchdruckerverband haben immer auf dem Boden einer reformerischen Tätigkeit gestanden und wer für die praktische Alltagsarbeit Reform ist, bleibt es in jedem Betracht auch in der Behandlung aller anderen Lebensfragen einer Nation. Es muß somit die politische Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die letzte Konsequenz unserer angewandten Gewerkschaftsprogramms, unserer wirtschaftlichen Opportunitätspolitik bleiben — wenn die s.-d. Partei sich nicht zu einer Aenderung ihres Programms herbeiläßt. Wir können gar nicht anders schlußfolgern. Glaubt man denn, wir könnten eine jahrelange Verständigungs- und Kompromisspolitik auf dem Wirtschaftsgebiete verfolgen und als Parteipolitiker ins Gegenteil umschlagen, ohne mit uns selbst in unheilvollen Widerspruch zu geraten, wir könnten den „Unveröhnlichen“, den Revolutionär herausstechen den selben Leuten gegenüber, mit denen wir uns vorher friedlich auseinandergesetzt und für Jahre auf den Grundsatz geeinigt haben: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt!“ Wir geben uns in der Organisation die größte Mühe, die Prinzipale, also unsere Klassengegner, für die Mitarbeit auf dem Tarifgebiete zu gewinnen, wir petitionieren an Gemeinde-, Staats- und Reichsbehörden, stützen uns in der Agitation auf das von ihnen bekundete Entgegenkommen, wir arbeiten mit den Prinzipalen, die zu der „einzig reaktionären Masse“ gehören, friedlich in den Schiedsgerichten zusammen, um diesen selben Leuten bei einem Zusammentreffen in politischen Versammlungen zu sagen, daß sie Ausbeuter sind, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen. Unse ganze Arbeit, die bei manchen von uns zur Lebensarbeit geworden ist, vollzieht sich im Rahmen der Gegenwart, will auf bestehende Mißstände mit der Absicht der augenblicklichen Abhilfe Einfluß gewinnen, wir suchen das soziale Verständnis der Unternehmer und der Regierung zu wecken und zu fördern (siehe unsere eigne Organisation und den Stuttgarter Gewerkschaftskongreß) und auch damit von unten aufbauen — und sollen jeden Augenblick diese mühevollen, erfolgreiche und verantwortungsvolle Arbeit der Gewerkschaften in Frage stellen durch die Phrase eines überlebten sozialpolitischen Revolutionarismus, dem in diesen Tagen die Leipziger Volkszeitung Ausdruck verleiht mit den Worten: „Den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust!“

Unser ganzes Leben ist aber eine ewig reformierende, verbessernde Arbeit an den bestehenden Unzulänglichkeiten. Und „in Tausenden von Entwicklungsjahren hat die Menschheit ihre Fortschritte gemacht“, sagt das eine Motto an der Spitze dieses Artikels, womit zugestanden wird, daß es keine sozialrevolutionären Mittel für die Beseitigung einer

Gesellschaft, einer Regierung, einer Produktionsweise gibt, sondern daß nur eine reformerische Beeinflussung der organischen Entwicklung möglich ist. Gilt dies aber nur für die Gewerkschaften und gibt es für die politische Partei eine andere Menschheit, andere Verhältnisse, eine andere Entwicklung? Wer in der Gewerkschaft ernsthaft reformerisch tätig ist, kann nicht revolutionär im Sinne der Partei sein und umgekehrt. Hier muß die Einheitslichkeit in den leitenden Gedanken für die wirtschaftliche und die politische Arbeitertätigkeit hergestellt werden oder die Differenzpunkte bleiben bestehen zum Schaden der ganzen Arbeiterbewegung. Man gebe sich nur einmal die Mühe, diesen Dingen auf den Grund zu gehen, dann kommt ganz von selbst die Erkenntnis: es gibt nur eine Arbeiterbewegung, es gibt aber für sie nur ein Programm. Das ist entweder ein solches der Reform oder der Revolution. Hic Rhodus, hic salta!

Will die f.-d. Partei eine radikale Reformpartei sein, mit Freuden würde ich für sie eintreten und wohl der ganze Verband mit mir, das will sie aber nicht sein, insolge dessen bleibt für die Gewerkschaften nichts übrig, als aus sich selbst heraus ihrer Reformarbeit auch einen politischen Hintergrund zu geben. Das ist der einzige Weggrund, der meinen Artikel zur Düsseldorf Stadtverordnetenwahl veranlaßte und das ist die Grundlage für meine Stellung der f.-d. Partei gegenüber, woraus ich vor meiner Neuwahl in München auch kein Hehl gemacht habe. Man mag mich in anständiger Form vom Gegenteil, von der Nutzlosigkeit, von der Schädlichkeit dieses Programms überzeugen, mich widerlegen, aber nicht von einem gewissen Arbeitgeberstandpunkte aus zum Schweigen zwingen wollen.

In der Praxis übt die f.-d. Partei oft das, was in das Kapitel einer radikalen Reformpartei gehört, nur haben die f.-d. Parteiführer nicht den Mut, die Konsequenzen durch Anträge auf Abänderung des Parteiprogramms zu ziehen. Was ich in meinem Düsseldorf Artikel über eine „vernünftige Kompromißpolitik bei den Wahlen“ sagte, empfiehlt ja auch die Leipziger Volkszeitung in ihrer Nummer vom 27. August 1897, wo es heißt: „Die Sozialdemokratie kann zur Erreichung irgend welcher praktischer Forderungen unbedenklich mit einer andern Klasse oder Partei auf eine gewisse Strecke Weges zusammengehen.“ Weiter schreibt dasselbe Blatt am 10. April 1897: „Die lange durch unsre Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erfurter Programms noch auf bewahrte Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten.“ In beiden Fällen bleiben natürlich die Konsequenzen aus. Es ist daher erfahrungsmäßig nicht verwunderlich, wenn dieses selbe Blatt es fertig bringt, am 3. Juni 1902 zu schreiben: „Die alte geschichtliche Wahrheit besteht auch heute noch zu Recht, daß die physische Gewalt und ihre verschiedenen Organisationen in letzter Linie auch über die Geschichte der Klassenkämpfe entscheiden.“ Damit weist man im mildesten Sinne den Gewerkschaften die Aufgabe des politischen Generalstreiks zu, sie werden hiermit zu einem Experimentiermittel in den Händen von Parteitheoretikern, und kaum fähig geworden für eine ruhige, kühle Betrachtung des Wirtschaftslebens und eine überlegene, zielsichere Arbeit in der kulturellen Entwicklung würden sie ihre bisherige Arbeit in tollkühner, selbstvernichtender Tat wieder zerstückeln müssen. Wider seinen Willen und absichtslos würde der überzeugte Sozialdemokrat hierzu die Hand bieten. Uebrigens, seit wann ist es eine „alte geschichtliche Wahrheit“, daß die „physische Gewalt“ die letzte Entscheidung hat und wo bleiben da die „Tausende von Entwicklungsjahren, denen die Menschheit ihre Fortschritte verdankt?“ Mit solchen Widersprüchen „klären“ die verschiedenen Parteiorgane das Volk auf und über uns verhängt man den großen Bann, weil wir einen klaren, unzweideutigen Standpunkt vertreten wissen wollen.

Weiter: Die f.-d. Abgeordneten zum Badischen Landtage, welche die Verfassung anerkannt haben, erklären zur Verteidigung ihres Standpunktes, daß sich die Verfassung „durch einfaches, wenn auch noch so oft wiederholtes Regieren nicht aus der Welt schaffen läßt.“ So denke ich eben auch über die Dinge, die unsere Kollegen nicht angenehm sind, die sich aber durch einen noch so radikalen Standpunkt nicht beseitigen lassen. Das Lübecker Parteitagprotokoll verzeichnet „Beifall und Händeklatschen“, als ein Redner, ein einfacher Arbeiter, schloß: „Wir denken nicht daran, daß der sozialistische Staat auf einmal hereinbricht, wir wollen durch praktische Reformen allmählich das Ziel erreichen.“ Heraus mit diesem beklatschten Bekenntnisse in der praktischen Alltagsarbeit oder die f.-d. Partei möge derartigen „Rezhäuserien“ ein für allemal ein Ende bereiten.

So wie heute können die Dinge aber auf die Dauer nicht fortgehen. Das „Getrennt marschieren“ und „vereint schlagen“ ist so lange eine Phrase, als ein einziges Oberkommando fehlt. Wer ist dieses Oberkommando in der Arbeiterbewegung? Die f.-d. Partei! Gut, dann sind die Gewerkschaften der Disziplin der f.-d. Partei unterworfenen Gebilde, denn ohne Disziplin gibt es eben kein „vereintes Schlagen“. Wir müssen uns aber dann für alle Handlungen der f.-d. Partei als mitverantwortlich zur Rechenschaft ziehen lassen und haben uns nicht zu beklagen, wenn wir dabei schlecht fahren. Behaupten aber die Gewerkschaften ihre Selbständigkeit als „proletarische Klassenbewegung“, dann treiben wir auch „allgemeine Arbeiterpolitik“, und ob wir dann eigne Kandidaten zu den Parlamenten aufstellen wollen, ist nur eine untergeordnete Frage. Das ist im großen Ganzen meine von den Karlsruher Kollegen verurteilte „gewerkschaftliche Utopie!“

Mit mehr gutem Willen als Ueberzeugungskraft bemüht sich die f.-d. Parteipresse, „nachzuweisen“, daß meine Arbeitervertreter im Parlamente nur eine lächerliche Rolle spielen würden und man verweist zum Beispiele dafür auf England, als ob die deutschen Gewerkschaftler verschiedene Dummheiten ihrer englischen Brüder nachzumachen hätten. Auch die Diätenlosigkeit sei ein Hindernis. Unsinn, sie war für die f.-d. Partei auch keins. Uebrigens werden ja den „Perls“ in Zukunft Diäten bewilligt.

Zu beklagen bleibt von meinem Standpunkte, daß in all diesen Fragen die Parteigenossen unter unseren Kollegen das selbständige Denken verlernt haben. Sie haben vergessen, daß seit allem Anfange die Gewerkschaften für die f.-d. Partei nur Mittel zum Zwecke gewesen und daß auch heute noch nicht die Forderung, daß die Gewerkschaften Rekrutenschulen für die f.-d. Partei sein müssen (Grenzlich=Stuttgart) verschwunden ist. Die daraus entstehenden Differenzen rächen sich naturgemäß am schwersten an der vorgeschrittensten Gewerkschaftsorganisation, und es hat gar nicht an den verschiedenen Redakteuren des Corr. gelegen, wenn diese jederzeit in Differenzen mit der f.-d. Partei geraten sind. Nur der Unterschied macht sich bemerkbar, daß der eine mehr, der andre weniger energisch den Ursachen dieser Differenzen auf den Leib gerückt ist. Aber immer ist mit Hilfe unserer Kollegen die Corr.=Redaktion zu gunsten der Partei frumm gemacht worden; dieses Schauspiel wiederholt sich auch in diesen Tagen. Jeder von denen, die ehrlich und ernsthaft im Corr. in diesen Fragen der Klarheit und Wahrheit dienen wollten, mußten auf eine sachliche Würdigung ihres Strebens verzichten.

Nicht Feigheit ist es, die mich bestimmt, für meinen Teil hiermit dieses Kapitel zu schließen, sondern die Erkenntnis, daß ein gewaltanter Austrag vorstehender Angelegenheit die Organisation in einem unheilvollen innern Zwiste erschüttern machen würde, ohne die gewollte Klarheit zu bringen, denn die Politik unserer Kollegen bewegt sich heute, wie wiederum aufs Neue die Nummer 149 be-

weist, weniger in den Grenzen des Verstandes als vielmehr in denen des Gefühls. Somit überlasse ich denen die Entscheidung und die Verantwortung, die mir mit wenig Gründen, aber desto kraftvolleren Resolutionen den Willen des souveränen Volkes kategorisch kundgaben. Möge es der Organisation zum Segen sein und mögen diese Resolutionen einmal vor dem Geschichtsschreiber des Verbandes bestehen können. Ich aber, der ich heute nur noch ein Amt, aber keine Meinung mehr habe, kann ruhig abwarten, bis die heute mich verurteilenden Kollegen rufen, dort anzuknüpfen, wo ich heute abgebrochen habe.

Ich könnte noch ausgiebig gegen die beiden Artikel in Nr. 149 polemisieren, deren Verfasser in ehrlichem Fanatismus mich der f.-d. Partei „in den Rücken fallen“, „Sozialistenpege“ treiben und nach „goldenen Nussnadeln“ streben lassen. Auch soll ich mit den angeblichen Genfer „Anarchisten“ gemeinsam gegen die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft und an der Seite des Dr. Crüger kämpfen, auch soll ich planen, die Buchdrucker der neuen „Kaiserpartei“ auszuliefern und was dergleichen ungereimtes Zeug mehr ist. Beide Artikel sind mir ein Beweis dafür, wie verwirrend die gegen mich in der f.-d. Partei betriebene Sache auf meine Kollegen schon gewirkt hat. Ich habe schon früher einmal bei einem ähnlichen Anlasse gesagt, daß sich gegen derartige Beschuldigungen nicht ankämpfen läßt und daß ich mich hier nur auf das Vertrauen der Kollegen in meine ehrlichen Absichten stützen kann. Betrachtet man mich in München, wie mir ein dortiger Kollege schrieb, als einen „Verräter an der Arbeiterschaft“, ist diese Meinung vorherrschend, dann ziehe man die Konsequenzen. Und deshalb habe ich an der Spitze dieses Artikels die Frage gestellt: Ist der Angeklagte schuldig?

Leipzig, 29. Dezember 1902.

L. Rezhäuser.

## Was denken die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über die Vorgänge im Reichstage?

„Gar nichts“ — mit diesen zwei Worten, die in unbeschönigter Offenheit alles sagen, möchte man fast diese Frage beantworten. Damit soll nicht etwa ausgedrückt sein, daß unsere Arbeiter den niederschmetternden parlamentarischen Ereignissen in stumpfer Teilnahmslosigkeit gegenüberstehen. Ganz im Gegenteil — wie gewöhnlich in der deutschen Arbeiterbewegung, so stellen sich auch hier, wo Gedanken fehlen, Gefühle willig ein. Die Einen — und es sind vielleicht nicht die Schlechtesten — ergreift ein verzweiflungsvoller Ekel vor den unwürdigen Zänkereien. Die Konsequenz dieses Abscheues ist ein trotziger Skeptizismus gegen die parlamentarische Aktion überhaupt, denn dann je nach dem Temperament ab und zu ein romantisch-revolutionäres Mäntelchen umgehängt wird, indem man in einer verschwiegenen Ecke den Wunsch äußert, die Volksmassen möchten drohend vor das Reichstagsgebäude ziehen und ihr Recht fordern. Die Anderen — und das dürfte die überwiegende Mehrheit sein — schwelgen in dem Bewußtsein, daß endlich der „bürgerlichen Bankrott“ unverbümt die Meinung gesagt wird und reihen gegen neuen Kraftausdruck gierig ihrem Schlagwörterepertoire für die nächste Reichstagswahl ein. Was fehlt und was schon von Anfang der Zollkampagne an bis zu den Kämpfen der letzten Tage aus schwerste vermißt wurde, das ist eine, durch keinen Parteihaf getrieblene und durch keine Agitationsrücksichten verschleierte, rein sachliche Stellungnahme der Gewerkschaften zum Zolltarife und seiner Behandlung in der Kommission und im Plenum. Man unterstellt die Gewervereine der parteipolitischen Leibeigenschaft und fühlst sich ganz behaglich dabei, manchmal kauft man in den Versammlungen und auf Kongressen die Beschlüsse der geistesverwandten Partei wieder und nennt dies alsdann mit großer Genugtuung „selbständige Arbeiterpolitik“. Im großen und ganzen muß so die

organisierte Arbeiterschaft auf die unverfälschte Kundgebung ihrer Forderungen und die Regierung sowie die Parteien auf die nüchtern-vorurteilsfreie Meinungsäußerung der organisierten Arbeiterschaft und damit auf viele wertvolle Anregungen verzichteten.

Der Gewerkschaftskongress hat ohne Debatte eine Protestresolution gegen den Zolltarif angenommen, wobei die Delegierten in Stuttgart noch die einzelnen Gewerksvereine (eine Ausnahme ist mir bekannt, der Protest der Filzhutarbeiter gegen die sozialdemokratische Fraktion; selbstverständlich fehlen mir die sachlichen Kenntnisse zur Abschätzung seiner Berechtigung) haben irgend welche Neigung verspürt, zu den verschiedenen Positionen des Tarifes Stellung zu nehmen. Dies ist insofern überraschend, als nicht nur landwirtschaftliche, sondern auch industrielle Zölle in Betracht kommen, also nicht bloß vom allgemeinen Konsumenten- sondern auch vom speziellen Produzentenstandpunkte aus zu urteilen gewesen wäre. Auch als vom sozialdemokratischen Seite in der Kommission der stereotype Antrag auf Zollfreiheit bei Industrieerzeugnissen wiederholt wurde, ist meines Wissens keine Stellungnahme der durch die betreffenden Positionen in Mitleidenschaft gezogenen Berufsorganisationen erfolgt. Und doch können wir uns hier unmöglich mit dem bequemen Proteste des geschädigten Konsumenten begnügen, den wir der Landwirtschaft gegenüber so lange ungekräftet äußern dürfen, bis auch den ländlichen Arbeitern durch Verleihung des Koalitionsrechtes die Möglichkeit gegeben sein wird, ihre Meinung als Produzenten laut werden zu lassen. Bei den Industriezöllen kommen für uns vor allem Produzenteninteressen in Frage, die Interessen derjenigen Gewerkszweige, mit deren Prosopieren das Geschick der in ihnen beschäftigten Lohnarbeiter auf absehbare Zeit untrennlich verbunden ist. Ob sich die Arbeiter nach reiflichen Erwägungen und gründlichen wirtschaftspolitischen Studien für Erhöhung, Beibehaltung, Einschränkung oder unvermittelte Beseitigung der einschlägigen Industriezölle erklären würden, kann hier nicht erörtert werden, wie aber immer ihre Entscheidung sein möge, sie darf nicht vom allgemeinen Konsumenteninteresse einer riesigen umfassenden Volkspartei suggeriert sein.

Wir haben aber doch eine Produzentenpartei, die Sozialdemokratie, welche sich laut Programm als Arbeiterpartei bekennet, wird uns entgegengehalten. Seltsam aber, daß auch sie sich im Zollkriege stets in erster Linie an das kaufende Volk gewandt hat, seltsam, daß sowohl Calwer als auch Schippel, die beide die Zollpolitik von Produzentenstandpunkte aus beurteilten, nur in wissenschaftlichen Neben, aber während der ganzen Kampagne nicht ein einziges Mal im Reichstage zu Worte gekommen sind. Nur wird uns freilich erklärt, die für uns verblichlenen Anträge auf absolute Zollfreiheit seien nur als Parodie der überagrarischen Forderungen anzusehen, sie kommen der unerfüllbaren Lohnforderung gleich, die bei so manchen Streiks die Unterhmer einschüchtern soll. Selbst zugegeben, daß noch Gewerksvereine gibt, die diese altertümliche Taktik im Lohnkampfe beibehalten haben, so entbehrt doch auch diese Tatsache die Gewerkschaften der Verpflichtung nicht, zu dem parlamentarischen Verhalten der Parteien und zu der Obstruktion überhaupt Stellung zu nehmen. Natürlich kann es sich dabei nicht um gehässige Angriffe auf die bestehenden Parteien und noch viel weniger um ein Einmischen der Gewerkschaften in deren Interna handeln — ein solches Verfahren käme ja der Preisgabe der Neutralität gleich — es kommt vielmehr nur darauf an, eine unabhängige politische Meinungsäußerung der Arbeiterorganisationen zu veranlassen. Allerdings wird diese dann, ob wohl oder übel, denjenigen Parteien zur Richtschnur dienen müssen, welche auf die Stimmen der Gewerkschaftler reflektieren.

Eine Verschiedenheit in der Auffassung und der Beurteilung der Ausübung der parlamentarischen Tätigkeit wird nun m. E. zwischen rein wirtschaftlichen und nur politischen Organisationen stets zeitweise zu Tage treten, so lange die heutigen, allge-

meinen Parteien bestehen werden. Vielleicht mit der einzigen Ausnahme der Agrarier, die teils ihre privilegierte Stellung, teils die wirtschaftliche Interessensolidarität — sie sind beinahe eine reine Standesvertretung — der Mühe der Agitation enthebt, betrachten wohl alle Parteien, vor allem aber diejenigen der Linken, den Reichstag als Agitationstribüne. Die vieltausendmal vielfältigsten Reichstagsreden durchfliegen wäherwerbend die politische Presse des Reiches, sie werden durchs Fenster gesprochen. Dem Gewerkschaftler, dem praktischen Arbeiterpolitiker dagegen liegt weit mehr als der Mitgliederzuwachs dieser oder jener Partei der augenblickliche Erfolg, die Steigerung des Arbeiterinflusses auf die sozial- und wirtschaftspolitische Tätigkeit der Parlamente am Herzen. Er drängt unwillkürlich auf eine sachlich, nüchterne Taktik, er strebt danach, daß die Mitwirkung des arbeitenden Volkes an der Gesetzgebung für die Regierung geradezu unentbehrlich werde, und er weiß, daß dies nur dann geschehen kann, wenn jeder Antrag, jeder Vorschlag, jeder im Reichstage geäußerte Gedanke eines Arbeiterabgeordneten bei aller Entschiedenheit der Interessenvertretung den Stempel der sachkundigen Erwägung trägt und die Feuerprobe der praktischen Verwirklichung aushalten würde.

Ein jagenstärker, furchtbarer Schlag war für die deutsche Arbeiterpolitik die durch die Obstruktion herbeigeführte Verschlechterung der Geschäftsordnung. Nun ist allerdings nichts leichter, als eine durch den Mißerfolg gerichtete Taktik nachträglich zu verurteilen. Die Kritik unserer praktischen Gewerkschaftler, die sich ab und zu zögernd am Viertische gegen das Verhalten der Linken, hauptsächlich der Sozialdemokratie erhebt, riecht sehr nach jener knechtischen Freundschaft, welche sich in dem Augenblicke in mißtrauische Feindseligkeit umwandelt, wo der gute Gefährte ins Gred geratet ist. Würden unsere Gewerksvereine innerhalb oder doch wenigstens außerhalb des Parlaments eine selbständige sozialpolitische Tätigkeit entfalten, so wären sie von Anfang an genötigt gewesen, zu der Obstruktion Stellung zu nehmen und sie hätten dies zweifellos unter wesentlich anderen Gesichtspunkten getan, als die Parteien und die planlos erregte Volksmenge.

In zahllosen Lohnkämpfen und im Laufe einer jahrzehnte langen qualvollen Entwicklung haben unsere Gewerkschaften lernen müssen, auch dem brutalsten Unternehmertume gegenüber die sachliche Ruhe nicht zu verlieren. Das proportional zu den Organisations wachsende Verantwortlichkeitsgefühl der Kollegenschaft und dem ganzen Gewerbe gegenüber gebietet ihnen, den Massenhaß selbst da, wo er berechtigt ist, im Interesse einer erfolgreichen Taktik, im Hinblick auf die Anbahnung einer künftigen Verständigung, zu zügeln, und sie haben erfahren, daß die Minderheit durch eine verzweifelte Opposition oft mehr Rechte verliert, als ihr der radikalste Kampfesmut wieder erringen kann. Die brutale Wucht der Tatsachen hat es den Gewerkschaftlern eingeprägt, daß nicht die Intensität der Obstruktionsbegeisterung, ja nicht einmal das gesündeste Rechtsbewußtsein, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse im Kampfe ausschlaggebend sind, während die politischen Parteien, die in erster Linie agitatorisch und erst in zweiter Linie reformatorisch tätig sind, einer derart nüchternen Auffassung naturgemäß ferner stehen müssen. Dazu kommt noch die traditionelle, oft geradezu persönliche Gefäßigkeit, die zum unvermeidlichen Deforum des parlamentarischen Verhandlung der Parteien unter einander gehört. Bei der verbissenen Betonung der Klassengegensätze, die wir in Deutschland von den Parteien gewohnt sind, bei der beklagenswerten Vorherrschaft überlebter Traditionen über die ruhige Vernunft, sind die Ereignisse im Reichstage für uns nicht ganz unerwartet gekommen. Aber die unheilvolle Obstruktionskampagne sollte all denen zu denken geben, welche unter jeder Bedingung das ihre dazu beitragen wollen, daß ein gedeihliches sozialpolitisches Zusammenarbeiten der Parteien unter einander und mit der Regierung ermöglicht werde. Der Zoll-

tariffkampf ist kein grazios-ästhetisches Geplänkel wie die launige Verzögerungs-Obstruktion, sondern ein furchtbar ernster Streit um materielle Interessen. Damals wanden unsere deutschen Künstler den Siegern der Minderheit Lorbeeren des Dankes um die Stirne — heute beklagt eine Arbeiterschaft, zu deren vornehmsten Lebensinteressen der gesetzlich Schutz ihrer Erwerbsschaften und die gesunde Fortentwicklung der Sozialreform gehört, über die formale und ideelle Erschwerung ihrer fortschrittlichen Bestrebungen durch die Umgestaltung der Geschäftsordnung und — was bedenklicher als diese vorübergehende, äußerliche Einschränkung der Volksrechte — über die tief einschneidende Verschärfung der Klassen- und Parteigegegensätze. Man erklärt uns allerdings, daß nach der brutalen Vergewaltigung der Minderheit der Widerstand bis zum Zusammenbruche Ehrensache gewesen sei. Wir stimmen dem insofern zu, als wir verstehen, daß nach der unflügen Ankündigung der Obstruktion seitens einiger Sozialdemokraten die Entwicklung den üblichen Gang gehen mußte, — rückwärtslose Brutalität bei der Mehrheit und derbe Ausschreitungen bei der Minderheit. Wenn wir aber auch das, was im Eifer des Gefechtes geschah, vom Schuldbonto der Parteien gerne streichen so ist damit doch für die Gewerkschaftler die Obstruktion noch nicht gerechtfertigt. Sie ist und bleibt eine rückwärtliche, undemokratische Form der Verteilung der Minderheit, ein zweischneidiges Schwert, dessen Benutzung für all diejenigen äußerst bedenklich ist, die nicht den Umsturz, sondern die Reform anstreben, die den Parlamentarismus nicht ad absurdum führen, sondern im Sinne der weitestgehenden Demokratie ausbauen wollen.

Gibt es aber nicht doch Fälle, wo die Obstruktion von praktischem Werte ist? Vom doktrinar demokratischen Standpunkte aus könnte man z. B. sagen, eine so bedeutende Aktion wie der Abschluß von Handelsverträgen und die Festsetzung der Lebensmittelpreise muß der Beurteilung des gesamten Volkes unterbreitet werden. Die Konsequenz dieser theoretisch unansehnlichen Auffassung wäre das Referendum, die Volksabstimmung. Die Geschichte der schweizerischen Sozialpolitik und die bitteren Erfahrungen, welche wir selbst unter organisierten Arbeitern mit der Abstimmung gemacht haben, lassen uns aber diesen Appell an das Volksverständnis leider nur sehr skeptisch beurteilen.

Wäre dem jedoch auch anders, so läge doch eine derart durchgreifende Umgestaltung unserer Verfassung in weiter Ferne und könnte das aktuelle Handeln also nicht ausschlaggebend beeinflussen. Allein die Zuständigkeit eines Reichstages kann auch deswegen angezweifelt werden, weil die ungerechte Einteilung der Wahlkreise eine wirkliche Volksvertretung nicht zu Stande kommen läßt. Es wäre also eventuell eine Reform des Wahlmodus durch die gewalttätige Hinderung der Parlamentsverhandlungen anzustreben. Die Naivität dieser Utopie leuchtet sofort ein, man vergegenwärtige sich bloß, daß eine Mehrheit, die bisher noch kein Bedürfnis zu einer Aenderung des Wahlrechtes verspürt hat, plötzlich eine Minderheit, welche sich durch eine ausdauernde Störung der parlamentarischen Arbeit recht unliebsam bemerkbar macht, auf verfassungsmäßigem Wege zu verstärken beschließen soll. Eins käme aber noch in Betracht. Durch die Obstruktion könnte man die Verhandlungen so hinausziehen, daß bestimmte Fragen von großer Tragweite vor einen neuen Reichstag kämen. Eine aufrichtig demokratisch denkende Mehrheit müßte diesem Wunsche eigentlich aus eigener Initiative Rechnung tragen, ohne es zur Verschleppung der Parlamentsstätigkeit kommen zu lassen. Eine verärgerte, volksfeindliche Mehrheit wird jedoch für diese hohen Gesichtspunkte kaum Verständnis haben und die Aenderung der Geschäftsordnung in reaktionären Sinne der Neuwahl entschieden vorziehen.

Wohl jeder Gewerkschaftler hat es in den letzten Tagen aufs bitterste empfunden, daß unserm Parlamentarismus die so unentbehrliche demokratische Grundlage fehlt. Aber die meisten haben sich damit zufrieden gegeben, die Ursache des Übels in dem

schrankenlosen Absolutismus der bürgerlichen Parteien zu entdecken, statt überhaupt zu untersuchen, ob die ganze Zusammenfassung und die Art der Tätigkeit unserer politischen Parteien diese zu einem streng demokratischen Vorgehen befähigen kann. Darüber will man sich den Kopf nicht zerbrechen, obgleich die demokratischen Parteien ab und zu Beweise ihrer vorurteilsvollen Intoleranz geben, obgleich selbst die Sozialdemokratie, die sich Arbeiterpartei nennt, den Rechten der Minderheit gegenüber nicht eben krankhaft rückwärts ist. Das bestätigt u. a. auch wieder die Ablehnung der Resolution 116 auf dem Münchener Parteitag. Und doch ist es so klar, daß Parteien, deren Mitgliedschaften nur durch das leicht zerreißbare Band der Wahlvereine zusammengehalten werden, nicht das Ideal einer abgeklärten demokratischen Entwicklung darstellen können. Sie verkörpern keine wirtschaftliche Einheit, sondern vereinigen alle Stände und Interessengruppen, die durch das lose Bindeglied einer doktrinären oder gar nur gefühlsmäßigen Übereinstimmung mit einander verknüpft sind. Sie können daher keine systematische, im Alltagsleben wurzelnde Tätigkeit entfalten, da sich ihre praktische Wirksamkeit im großen und ganzen in einer Reaktion auf die jeweiligen politischen Vorgänge erschöpft. Sie ragt also im wesentlichen nicht über das Arrangieren von Protestversammlungen und Wahlvereinsbesprechungen sowie über die Vorbereitung der nur alle 5 Jahre stattfindenden Reichstags- und je nach den örtlichen Verhältnissen auch Landtags- und Gemeindevahlen hinaus. Der Gewerkschaften verlangt Kollegen, die jeden Tag auf der Arbeitsstätte die Prinzipien der Organisation praktisch verwirklichen helfen, die Partei kann oder vielmehr muß sich schließlich mit zustimmenden Mitläufern begnügen, ja sie muß sich sogar Anhänger gefallen lassen, welche mit ihrer Phraseologie auf den Lippen im alltäglichen Leben ihren Idealen ins Gesicht schlagen. In der Gewerkschaft ist der Zusammenhalt ein inniger, die Verantwortlichkeit des einzelnen eine größere und die Mitwirkung der Mitglieder am gemeinsamen Werke eine allgemeine. Die Voraussetzung der Demokratie ist also durch das organisierte Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiete sowohl verfassungsmäßig als auch praktisch und moralisch gegeben, während in einer allgemeinen politischen Partei stets eine gewisse ängstliche Intoleranz, ein Stück von jenem Absolutismus herrschen wird, der Monarchen und Regierungen befällt, welche ihrer Herrschaft nicht ganz sicher sind. Die Volksindifferenz ist die schlimmste, vielleicht die einzig ernst zu nehmende Feindin der Demokratie und jede Partei hat mit einer großen Masse von Indifferenten zu rechnen. Dies ist bei der Gewerkschaft zwar auch der Fall, allein hier zieht die alltägliche praktische Arbeit die Mitläufer fast zwangsweise in den Kreis der Mitarbeiter. Keine Organisation ist demnach mehr geeignet, die Grundlage einer demokratischen politischen Arbeitervertretung zu sein als die gewerkschaftliche Berufsorganisation.

Mehr als die Entrüstungskundgebungen über das Verhalten der reaktionären Mehrheit, das natürlich in keiner Weise beschönigt, aber nicht aus dem Zusammenhange der politischen Entwicklung herausgerissen und einseitig beleuchtet werden darf, wird daher m. E. die Anbahnung einer selbstständigen parlamentarischen Aktion der Gewerkschaften dazu beitragen, unsere politischen Verhältnisse zu sanieren. Die bescheidenste Tat ist hier, wie so oft, mehr wert, als die umfassendste Kritik! Berlin. Fanny Zule.

## Rundschau.

Quittieren und Zahlen. Unter dieser Spaltenüberschrift habe ich am 18. Dezember an den Vorwärts folgende Zeilen gerichtet und um deren Aufnahme ersucht: „Der Vorwärts, der sich sittlich enttötet, weil im Falle Krupp an der Reinheit der Motive des s.-d. Zentralorgans gezweifelt wurde, widmet auch mir wieder in seiner Nr. 294 ein Verslein, dessen Schluß lautet: „Im Uebrigen scheint Herr Neuhäuser Quittieren und Zahlen zu verwecheln.“ Auch bei dieser persönlichen Verunglimpfung

sind jedenfalls die „reinen Motive“ maßgebend gewesen, in den Vorwärts vorteilhaft gegenüber allen anderen s.-d. Blättern auszuzeichnen. Ich erlaube mir daher einseitig nur die bescheidene Anfrage, wann und wo ich das Quittieren mit dem Zahlen verwechselte hätte. Da diese Feststellung, wenn ich den persönlichen Angriff des Vorwärts richtig deute, im Interesse der Sozialdemokratie gelegen zu sein scheint, hat der verantwortliche Redakteur des Vorwärts vielleicht die Güte, meiner Bitte zu entsprechen. Die sonstigen mir zugehenden langweiligen Mißgeleien des Vorwärts verlohnen eine Widerlegung nicht. L. Neuhäuser.“ — Die „reinen Motive“ des Vorwärts haben eine Aufnahme dieser Zeilen in dem genannten Organ nicht zugelassen.

Die Revision des Wiener Zeitungssektariefes wurde am 18. Dezember erfolgreich beendet. Den größten Widerstand seitens der Unternehmervertreter fanden die neuen, die Rotationsmaschinenmeister und Stereotypenmeister betreffenden Bestimmungen. In Bezug hierauf wurde schließlich eine Einigung in der Weise erzielt, daß eine protokollarische Vereinbarung, die dem Tarife angehängt wird, geschaffen wurde, welche bestimmt, daß als Maschinenmeister an Rotationsmaschinen nur ordnungsgemäß ausgearbeitete Maschinenmeister oder Drucker zu verwenden sind und bei jeder ständig im Betriebe stehenden Rotationsmaschine ein Maschinenmeister anzustellen ist. Das Minimum für neuereitende Maschinenmeister wurde bei täglich einmal erscheinenden Blättern mit 50 K, bei täglich zweimal erscheinenden Blättern mit 54 K festgesetzt. Bei vorwommender Feiertagsarbeit ist eine, mindestens dem Tagelohne gleichkommende Entschädigung zu leisten. In denjenigen Zeitungsbetrieben, in welchen die Beilagenbezahlung besteht, bleibt dieselbe auch weiterhin aufrecht. Als Stereotypenmeister sind nach den protokollarischen Vereinbarungen in erster Linie ordnungsgemäß ausgearbeitete Stereotypenmeister oder Schriftgießer zu verwenden. Ausgenommen sind jene Personen, die heute bereits als Stereotypenmeister in Verwendung stehen. Das Minimum der Stereotypenmeister bei täglich einmal erscheinenden Blättern wurde mit 34 K, bei täglich zweimal erscheinenden mit 38 K festgesetzt. Bezüglich der Feiertagsentschädigung und der Beilagenbezahlung gelten die Bestimmungen wie bei den Maschinenmeistern. Aus den Verhandlungen, soweit sie den bestehenden Zeitungssektarief betrafen, resultiert, daß die Forderungen in Bezug auf Entlohnung akzeptiert und Forderungen anderer Art durch Zugeständnisse bei der Entlohnung reкомпensiert wurden. Der Tarif bleibt mithin, abgesehen von den ziffermäßigen Anzügen, ziemlich unverändert. Der Tausendpreis erfuhr eine Erhöhung um 2 h und beträgt für bei Tage herzustellende Blätter für Garmond, Bourgeois und Petit 60, für kleinere Schrift 64 h, für bei Nacht herzustellende Blätter 66 resp. 72 h. Das Minimum der Inzeratensekretär und Abgießer bei den bei Nacht herzustellenden Zeitungen wurde um 2 K erhöht und beträgt nunmehr 38 K pro Woche; desgleichen wurde die Ueberstundenentschädigung der Inzeratensekretär bei den bei Nacht herzustellenden Blättern um 20 h auf 1,40 K pro Stunde erhöht. Das Minimum der Korrektoren für bei Nacht herzustellende Blätter wurde um 4 K auf 58 K erhöht, für bei Tage hergestellte Blätter bleibt es unverändert. Das Minimum der Maschinensetzer wurde von 60 K auf 63 K erhöht und die effektive Arbeitszeit an Feiertagen um eine Viertelstunde gekürzt. Die Gültigkeitsdauer des Tarifes beträgt vier Jahre, die Kündigung hat sechs Monate vor Ablauf beim Orientum der Buchdrucker und Schriftgießer Wiens zu erfolgen. Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnisse im allgemeinen oder aus dem Tarife hervorgehen, sollen ausschließlich durch ein Schiedsgericht erledigt werden.

Das Ministerium des Innern hat die Beschwerde der Firma Franz Humar in München gegen den Entscheid der Regierung von Oberbayern, nach welchem dieselbe gleich der Firma C. Mühlthaler zum Beitritte zur Zinnung verpflichtet wurde, endgültig abgewiesen. Damit ist festgestellt, daß in Bayern die Großbetriebe im Buchdruckgewerbe zum Handwerke gehören, somit den Bestimmungen der Gewerbeordnung und den Vorschriften der Handwerkskammer unterliegen und den Zwangsinnungen beitreten müssen, sofern solche vorhanden sind.

Der Verein der Breslauer Buchdruckereibesitzer gedenkt eine freie Zinnung für den Regierungsbezirk Breslau zu gründen. Die Feststellung eines Statuts ist bereits erfolgt. Als Hauptgrund für die Errichtung der Zinnung wird die Notwendigkeit bezeichnet, der immer mehr anwachsenden Miswirtschaft auf dem Gebiete des Lehrkingswesens in wirksamerer Weise Einhalt zu tun als dies unter den jetzigen Organisationsverhältnissen möglich sei.

Der Buchdruckereibesitzer Ernst in Barby bestritt der dortigen Gemeindebehörde, gestützt auf § 142 der G.-D., das Recht, den Fortbildungskursunterricht obligatorisch einzuführen, weil Arbeitgeber und Arbeiter nur vom Magistrat, nicht aber von der Stadtverordneten-Versammlung gehört worden seien. Herr Ernst ging bis zum Kammergerichte, aber ohne Erfolg. Es wurde für genügend gehalten, daß die Beteiligten überhaupt gehört worden seien.

Den Konkurs angemeldet hat am 15. Dezember der Buch- und Steindruckereibesitzer Max Hesel in Sonneberg, am 17. Dezember der Buchdrucker und Papiergeschäftsinhaber Karl Simon Petrich in Schandau.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger klagte gegen den Herausgeber der Magdeburger Neuesten Nachrichten

wegen unlautern Wettbewerbs, begangen durch Abdruck von Inseraten aus anderen Zeitungen. Das Landgericht erkannte im Sinne der Kläger und unterlagte den Angeklagten diese Täuschung des Publikums.

Die Berliner Zeitschrift „Presse — Buch — Papier“ enthält die Reproduktion eines Porträts, das unter ausschließlicher Verwendung von Bruderschriften auf der Linotype gesetzt wurde. Die Ausführung läßt kaum etwas zu wünschen übrig. Aus derselben Quelle erfahren wir, daß der Bürgermeister der Stadt Rheinsberg, wohl im Auftrage der Stadtgemeinde P., dem Vereine Deutscher Redakteure behufs Errichtung eines Erholungsheimes für Vereinsmitglieder ein Grundstück mit 50 Meter Straßenfront von mindestens zwei Morgen Größe zum Geschenk gemacht hat.

Die galizisch-polnische Zeitschrift Naprzod wurde auf zwei Jahre für Deutschland verboten.

Preßprozesse. Ein Aufsehen erregendes Urteil wurde gegen den Redakteur Dämmig vom halleischen Volksblatte gefällt: Ein Jahr Gefängnis. Das Blatt hatte das Gerücht verbreitet, der Hofrath P. einer Maschinenfabrik habe 30 Mk., die zu Zwecken eines Jubiläumsgesamkelt, unterschlagen. Die Nachricht war dem Redakteur von einem sonst zuverlässigen Gewährsmanne, der sie allerdings erst aus zweiter Hand hatte, zugegangen und wurde sofort, als sich die Unwahrheit herausstellte (der Beschuldigte war krank gewesen, was zu dem Gerüchte, er sei verstorben, Anlaß gegeben) widerrufen. Es ist unter solchen Umständen schwer begreiflich, wie der Gerichtshof zu solch hoher Strafe gelangen konnte. Auf die Begründung der letzteren darf man gespannt sein. — Die Volkswacht in Breslau hat bei Beurteilung über den Transport eines Geisteskranken die betr. Beamten nicht höflich genug behandelt. In den Tatsachen ließ sich nicht rütteln, aber die „Form“ wurde mit 30 Mk. bestraft.

Briefmarkenfälscher wurden vom Landgerichte zu Chemnitz verurteilt und zwar wie folgt: Der Buchdruckereibesitzer August Schulz zu 2 Jahren, der Retikagegeschäftsinhaber Keilbach und der Xylograph Meerstein zu je 1 Jahr 6 Monaten, der Schriftgießer Beck zu 11 Monaten, der Buchbinder Gauschwitz zu 4 Monaten, der Klempner Hartung zu 3 Monaten Gefängnis und die Photographen und Inhaber einer graphischen Kunstanstalt Schulz und Kobinger zu je 20 Mark Geldstrafe. Den erwischnannten drei wurden auch die Ehrenrechte auf zwei Jahre aberkannt. Der Hauptschuldige Hoffmann ist dem Gefängnisse in Weipert entlassen.

Mit der i. g. gemeldeten Auflösung der Kölner Filiale, des deutschen Frauengewerkschafts war es nichts. Die Kölner Strafkammer sprach nach kurzer Verhandlung die angeklagten Vorstandsmitglieder frei. Die Vereinsstatuten enthielten keinerlei politische Bestimmungen und das Referat über die Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform, das zur Auflösung Anlaß gab, habe nicht eine „Beeinflussung“, sondern nur die Verbreitung der „Kenntnis“ der Gesetzgebung bezweckt.

Ein früherer Kassierer des Gewerkschaftsstartells in Neuhaßleben erklarte die ihm anvertraute Kasse um etwa 230 Mk. zu Privatwecken. Mit zwei Wochen Gefängnis ist er verhältnismäßig billig davon gekommen.

Zur Notlage. In Brandenburg wurden 688 Arbeitslose mit 909 Kindern gezählt. Bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten 218 Personen, außerdem etwa 2500 in dem Reichsfinanziellen Etablissement, deren Arbeitszeit um wöchentlich sechs Stunden verkürzt ist. Bei einer nur partiellen Fällung in Colmar wurden 328 Arbeitslose mit 506 Kindern ermittelt. Dauer der Arbeitslosigkeit 6365 Tage. — In Oberfeld hat die Firma Bayerische Farbenfabriken eine größere Zahl Arbeiter entlassen — trotz der in den letzten zwei Jahren eingetretenen Erhöhung der Dividende von 18 auf 20 Prozent. — In Straßburg beklagt der Gemeinderat die Bornaahme einer Reihe an Unternehmern vergebenen Erbarbeiten im Gesamtbetrage von 200 000 Mk. noch während des Winters, um Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen. Auch wurden noch einige sogen. Hofstandsarbeiten beschlossen, der für diese zu gewöhnliche Lohn aber sehr niedrig (2,20 Mk. für Berheirathete und 1,60 Mk. für Bekleidete) festgesetzt. — Ueber 2 1/2 Millionen Reisende haben im Laufe des letzten Berichtsjahres die Herbergen zur Heimat aufgesucht, und zwar für 3 590 254 Nächte. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von rund 25 Prozent, während das Jahr 1900 eine Zunahme von nur rund 6 Prozent aufwies. Am meisten hat die Zahl der mittellosen Reisenden zugenommen. Diese ist um 37,5 Prozent gestiegen, während die der Selbstzahler nur eine Steigerung von 12,92 Prozent erfuhr. Nicht weniger als 759 057 mittellose Personen haben in dem einen Jahre ein Nachtlager in den Herbergen zur Heimat erbetteln müssen.

## Briefkasten.

D. in Frage: Wann eine Kündigung ausgesprochen wird, ist an sich sehr nebensächlich, aber eine am Montag erfolgte Kündigung hat erst vom darauffolgenden Zahlungstage (s. § 38, Abs. 4 des Tarifes) gesetzliche Kraft; daraus ergibt sich auch die Beantwortung der weiteren Frage. — W. in Colmar: Ein solches Verzeichnis steht uns auch nicht zur Verfügung, vielmehr sind diese städtischen Entschlüsse nur in Notizen und über einen längeren Zeitraum zurück im Corr. zerstreut vorhanden. — W. in Zweibrücken: Infolge der regelmäßigen Publikationen des Zentralvorstandes unterbleiben solch allgemein gehaltene Warnungen einzelner Orte. — Verlorenes Spatium:

